



## I. Aktuelle Themen

### Der Abzug aus Afghanistan beginnt

Die Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte am Einsatz der Internationalen Sicherheitsunterstützungstruppe in Afghanistan (ISAF) wird von jetzt 5.350 auf 4.900 Soldatinnen und Soldaten gesenkt. Der Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan nimmt damit konkrete Form an: Nach zehn Jahren werden wir erstmals die Zahl der Soldatinnen und Soldaten, die dort einen tapferen Einsatz leisten, verringern. 2014 soll der Einsatz in seiner bisherigen Form beendet sein. Dabei muss jedoch klar sein, dass eine verantwortbare Übergabe der Sicherheit immer Vorrang hat vor der Verwirklichung ehrgeiziger Zeitpläne. Unser militärisches Engagement wird soweit reduziert, wie es sicherheitspolitisch zu verantworten ist. Ein zentrales Kriterium ist die Fähigkeit der Afghanen, die Lage in ihrem Land selber kontrollieren zu können. Dabei bleibt der Aufbau von staatlichen Strukturen insbesondere im Sicherheitssektor eine vordringliche Aufgabe.

### Leistungsverbesserungen für Demenzkranke und ihre Angehörigen

Menschen mit Demenz brauchen weniger eine medizinische Pflege im engeren Sinne als Betreuung und Anleitung im Alltag. Insbesondere für die Angehörigen stellt das eine große Belastung dar. Menschen, die an Demenz leiden, ohne in eine Pflegestufe eingeteilt zu sein (Stufe 0), erhalten ab 2013 erstmals Pflegegeld in Höhe von 120 Euro. Die bisher bereits mögliche Unterstützung von 100 bzw. 200 Euro im Monat bleibt davon unberührt. In der Pflegestufe I steigt der von der Pflegeversicherung ausgezahlte Betrag um 70 und in der Pflegestufe II um 85 Euro. Deutlich werden auch die Pflegesachleistungen erhöht: Demenzkranke in der Pflegestufe 0 erhalten 225 Euro, in der Pflegestufe I steigen die Leistungen um 215, in der Pflegestufe II um 150 Euro. Damit pflegende Angehörige sich leichter eine „Auszeit“ nehmen können, wird es auch finanzielle Verbesserungen bei der Kurzzeitpflege geben, die einen Heimaufenthalt von maximal vier Wochen vorsieht. Das Pflegegeld wird in diesen Fällen künftig zur Hälfte weitergezahlt. Gleichzeitig wird die Möglichkeit der Einstellung von zusätzlichen Betreuungskräften, die von der Pflegeversicherung bezahlt werden, auf alle stationären Versorgungsformen erstreckt.



#### In dieser Ausgabe:

##### I. Aktuelle Themen

Der Abzug aus Afghanistan beginnt

Leistungsverbesserungen für Demenzkranke und ihre Angehörigen

Untersuchungsausschuss zu rechtsextremer Terrorgruppe

##### II. Daten und Fakten

Aktuelle Ergebnisse der Bevölkerungsstrukturdaten 2011

Finanzierungsüberschuss in der Sozialversicherung

Zahl der BAföG-Empfänger steigt

##### III. Aus der Presse

Interview in „Welt am Sonntag“ vom 22.01.2012

#### Impressum:

NL POST  
Herausgeber:  
Prof. Dr. Norbert Lammert MdB  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

Redaktion:  
Michael Rimmel

Tel: 030/22 77 7645  
Fax: 030/22 77 6096  
Mail:

norbert.lammert@bundestag.de





### Untersuchungsausschuss zu rechtsextremer Terrorgruppe

Der Deutsche Bundestag wird alles tun, um seinen Beitrag zu einer gründlichen, schnellen und effektiven Aufklärung der Aktivitäten der Terrorgruppe „Nationalsozialistischer Untergrund“ zu leisten. Hierfür werden die Fraktionen in einem gemeinsamen Antrag die Einrichtung eines Untersuchungsausschusses beschließen. Der Untersuchungsausschuss wird aus elf ordentlichen Mitgliedern bestehen, die sich zunächst ein Gesamtbild zur Terrorgruppe verschaffen sollen. Die Einsetzung eines Ermittlungsbeauftragten wird die Arbeit des Untersuchungsausschusses beschleunigen. Auf der Grundlage der Erkenntnisse soll der Untersuchungsausschuss Empfehlungen für eine effektive Bekämpfung des Rechtsextremismus aussprechen. Schlussfolgerungen, die aus der Aufarbeitung für die Struktur und Arbeit der Sicherheits- und Ermittlungsbehörden, ihre Zusammenarbeit und ihre Befugnisse zu ziehen sind, wollen wir zügig umsetzen.

Neben dem Untersuchungsausschuss werden Bund und Länder in einer gemeinsamen, paritätisch besetzten Kommission von vier Experten die Aufklärung der Sachverhalte vorantreiben und Schlussfolgerungen erarbeiten.

## II. Daten und Fakten

### Aktuelle Ergebnisse der Bevölkerungsstrukturdaten 2011

Im Jahr 2011 lag der Anteil der Ein-Personen-Haushalte in Deutschland bei 39,6% und blieb damit nahezu unverändert zum Vorjahr. Der Anteil der Mehrpersonen-Haushalte ohne Kinder 2011 lag bundesweit bei 31,2% und damit wie schon im Vorjahr über dem Anteil der Haushalte mit Kindern (29,2%). Der Anteil der Haushalte mit Kindern ist insbesondere in ländlichen Regionen hoch.

Im Hinblick auf die Altersstruktur haben die Senioren-Haushalte (60+) mit 34,9% den größten Anteil, gefolgt von den 40-49jährigen mit 21,2% und den 50-59jährigen mit 17,4%. Der Anteil der jungen Haushalte ist im gesamtdeutschen Vergleich am geringsten: Auf die Haushalte der 30-39jährigen mit 15% folgt der Anteil der Haushalte unter 30 Jahren mit 11,5%. Der höchste Anteil junger Haushalte findet sich in Berlin – mit 15,7% liegt die Hauptstadt knapp 36% über dem Bundesdurchschnitt.

(Quelle: Gesellschaft für Konsumforschung)



### Zitat der Woche

**»Wenn Sie eine Sonnenallergie haben, müssen Sie zum Arzt.«**

**Fritz Kuhn**, Grünen-Fraktionsvizechef, am 19. Januar 2012 im Bundestag zu Wirtschaftsminister Philipp Rösler wegen dessen Plänen, die Solarförderung herunterzufahren.





### Finanzierungsüberschuss in der Sozialversicherung

Die Sozialversicherung verzeichnete in den ersten drei Quartalen des vergangenen Jahres einen Finanzierungsüberschuss von rund 6 Mrd. Euro. Gemessen am vergleichbaren Vorjahreszeitraum, der noch ein Finanzierungsdefizit von 3,9 Mrd. Euro aufgewiesen hatte, entspricht dies einem Anstieg der Einnahmen um 2,4% auf 385,7 Mrd. Euro bei Ausgaben, die sich leicht unter dem Niveau der ersten drei Quartale 2010 bewegten.

Die Einnahmen der gesetzlichen Rentenversicherung erhöhten sich in den ersten drei Quartalen 2011 um 1,8% auf 186,3 Mrd. Euro und stehen einem geringeren Anstieg der Ausgaben gegenüber. Damit ergab sich im ersten bis dritten Quartal für die gesetzliche Rentenversicherung ein Finanzierungsdefizit von 0,5 Mrd. Euro (Vorjahreszeitraum 2,7 Mrd. Euro). Auch die Einnahmen der gesetzlichen Krankenversicherungen verzeichneten einen Anstieg: Im Vergleich zu den ersten drei Quartalen 2010 erhöhten sie sich um 5,4% auf 139,8 Mrd. Euro.

### Zahl der BAföG-Empfänger steigt

Die Zahl der BAföG-Empfänger ist zwischen 2008 und 2010 um 16% von 333.000 auf 386.000 gestiegen. Im selben Zeitraum stiegen auch die durchschnittlichen monatlichen Förderbeiträge von 389 Euro auf 436 Euro. Insgesamt profitieren 25,8% aller Studenten vom BAföG, wobei vor allem die Zahl der Empfänger im Ausland in den letzten Jahren einen starken Anstieg verzeichnete (plus 54%). Die Ausgaben für das BAföG beliefen sich im Jahr 2010 auf 2,9 Mrd. Euro. In 2008 lagen sie noch bei 2,3 Mrd. Euro.

Grund für die Steigerungen sind insbesondere die Verbesserungen durch das 22. und 23. BAföG-Änderungsgesetz, die zum 1.1.2008 und zum 1.10.2010 in Kraft traten. Sie brachten die Erhöhung der Bedarfssätze erst um zehn und dann nochmals um zwei Prozent, die Erweiterung des Kreis der BAföG-Berechtigten durch die Erhöhung der Altersgrenze für Masterstudierende auf 35 Jahre sowie die Anhebung des Freibetrags beim Elterneinkommen um zunächst acht und dann nochmals drei Prozent.



## Zahl der Woche

**17,3  
Milliarden**

**Euro** betrug die Neuverschuldung des Bundes 2011. Veranschlagt waren durch das Haushaltsgesetz 48,4 Milliarden Euro. Statt geplanter 229,2 Milliarden nahm der Bund 2011 rund 248,1 Milliarden Euro Steuern ein. Die Ausgaben lagen bei 296,2 Milliarden Euro, 9,6 Milliarden niedriger als geplant.





### III. Aus der Presse

#### „Merkwürdige Bewertungen“

*Interview mit Norbert Lammert in „Welt am Sonntag“ vom 22.01.2012*

**Welt am Sonntag:** Herr Präsident, erinnern Sie sich, was Sie mit Ihrem ersten Euro gemacht haben?

**Norbert Lammert:** Nein.

**WamS:** Was ist Ihr schönster Lustkauf gewesen, seit es den Euro gibt?

**NL:** Auch da fehlt mir jede konkrete Erinnerung.

**WamS:** Besonders innig scheint Ihr Verhältnis zur europäischen Währung ja nicht zu sein. Muss sie um jeden Preis gerettet werden?

**NL:** Es gibt fast nichts, was um jeden Preis gerettet werden müsste. Regelmäßig stellt sich die Frage nach dem Verhältnis von Aufwand und Nutzen. Ich halte allerdings den Euro für ein so zentrales Element des europäischen Einigungsprozesses, dass er die Anstrengungen sicherlich rechtfertigt, die wir bislang unternommen haben.

**WamS:** Stimmt es, was die Bundeskanzlerin sagt: "Scheitert der Euro, scheitert Europa"?

**NL:** Man muss es nicht so apodiktisch formulieren, aber der Zusammenhang besteht zweifellos.

**WamS:** Die amerikanische Ratingagentur Standard & Poor's hat neun Euro-Staaten und obendrein den Euro-Rettungsschirm EFSF herabgestuft. Eine weitere Agentur - Fitch - setzt zum Rundumschlag an. Erleben wir einen Angriff auf unsere Währung?

**NL:** Das ist sicher übertrieben. Im Kern haben wir die Probleme ja nicht wegen der Ratingagenturen, sondern wegen jahrelanger nachlässiger Haushaltspolitik in nahezu allen Euro-Staaten. Gleichwohl erscheint mir die Rolle der Ratingagenturen - unabhängig von ihrem Standort - problematisch. Es hat einige merkwürdige Bewertungen und Einstufungen gegeben.

**WamS:** Woran denken Sie?

**NL:** Es ist erstaunlich, wie großzügig manche spekulative Finanzanlagen in den Jahren vor dem Weltfinanzdebakel beurteilt wurden und wie streng nun Staatsanleihen. Für fragwürdig halte ich auch die Terminierung mancher Einstufungen in jüngerer Zeit.

**WamS:** Muss die Macht der Agenturen beschränkt werden?

**NL:** Man sollte die Ratingagenturen weder für allmächtig noch für allzuständig halten. Ich habe mit Interesse zur Kenntnis genommen, dass die Märkte inzwischen etwas gelassener auf die Herabstufung von Staaten reagieren. Man sollte jetzt mal abwarten, ob sich die Lage nicht ohnehin normalisiert.

**WamS:** Erübrigt sich die Gründung einer europäischen Ratingagentur?

**NL:** Ich stehe solchen Überlegungen aufgeschlossen gegenüber, verspreche mir davon aber keineswegs den erhofften Befreiungsschlag. Die Etablierung einer europäischen Ratingagentur würde viel Zeit benötigen. Und sie stünde vor einer doppelten Schwierigkeit: Eine freundliche Beurteilung der Euro-Staaten würde wie ein bestelltes Votum, eine negative Einstufung dagegen wie das ultimative Votum wirken.

**WamS:** Die Euro-Staaten haben beschlossen, eine Stabilitätsunion zu schaffen. Was verstehen Sie darunter?

**NL:** Es geht im Kern darum, die Lücke zwischen dem ökonomischen und dem deutlich dahinter zurückgebliebenen politischen Integrationsprozess zu schließen. Wir müssen die europäische Wirtschafts-, Haushalts- und Steuerpolitik stärker vereinheitlichen. Dazu brauchen wir ein Regelwerk, das die vertraglichen Verpflichtungen verschärft und die Kontrollen zur Einhaltung intensiviert. Bei Verstößen müssen Sanktionen auf dem Fuße folgen, ohne dass es mehrheitlicher Beschlüsse bedarf.





**WamS:** Sie wollten prüfen, ob es mit dem Grundgesetz vereinbar ist, das Haushaltsrecht des Bundestages einzuschränken. Was ist dabei herausgekommen?

**NL:** Eine abschließende Bewertung kann natürlich erst erfolgen, wenn der Vertragstext vorliegt. Ich habe aber Grund zu der Annahme, dass mein Hinweis von den Verhandlungspartnern ernst genommen wird. Im Ergebnis brauchen wir beides: ein stärkeres Regelsystem mit Sanktionsmechanismen und die verfassungsrechtlich unverzichtbare Letztentscheidung des Bundestages über den Bundeshaushalt. Hier sieht auch das Bundesverfassungsgericht offensichtlich die rote Linie, die wir nicht im Überschwang europäischer Vereinbarungen überschreiten dürfen.

**WamS:** Der neue Präsident des Europaparlaments, Martin Schulz, will seinem Haus eine stärkere Stimme geben. Betrachten Sie ihn als Partner oder doch eher als Konkurrenten?

**NL:** Selbstverständlich als Partner. Eine größere Bedeutung des Europaparlaments liegt im Interesse der Bürgerinnen und Bürger der Gemeinschaft. Wir wollen die Kooperation zwischen dem Bundestag und dem Europäischen Parlament weiter ausbauen. Die Bemühungen von Martin Schulz, die Bedeutung seiner Institution im Kontext der EU-Organen zu stärken, haben meine nachdrückliche Unterstützung.

**WamS:** Haben Sie seit seiner Wahl mit ihm gesprochen?

**NL:** Wir haben schon in wenigen Tagen ein Treffen in Brüssel.

**WamS:** Ein Gesprächsthema könnte die wachsende Furcht vor einer neuen deutschen Dominanz in der Europäischen Union sein.

**NL:** Mir fällt auf, dass es zwei sehr unterschiedliche Einstellungen gibt. Neben der Besorgnis vor deutscher Dominanz gibt es auch die ausdrückliche Erwartung einer stärkeren deutschen Führungsrolle. Dass solche Aufforderungen in jüngerer Zeit ausgerechnet von unseren polnischen Nachbarn vorgetragen werden, zeigt, wie komplex die Stimmungslage ist. Deutschland reklamiert keine Führungsrolle innerhalb der Europäischen Union, aber als größte Volkswirtschaft haben wir eine besondere Verantwortung beim Herbeiführen von Veränderungen. Und wir sind mit der krisenhaften Entwicklung der jüngeren Vergangenheit deutlich besser fertig geworden als die allermeisten anderen Mitgliedstaaten. Das ist offenkundig in unseren Nachbarländern präsenter als in einem beachtlichen Teil der deutschen Öffentlichkeit.

**WamS:** Verpflichtet die besondere Situation zu besonderer Solidarität?

**NL:** Es gibt ja eine auffällige deutsche Solidarität, die auch unserer besonderen Interessenlage geschuldet ist. Es gibt keinen Staat in Europa, der von der Aufrechterhaltung dieses Systems einschließlich der gemeinsamen Währung mehr profitiert als die Bundesrepublik Deutschland. Es ist unser ureigenes Interesse, wenn wir uns stärker engagieren als andere.

**WamS:** So manchem Regierungschef genügt das deutsche Engagement noch nicht.

**NL:** Ich habe nicht den Ehrgeiz, die Verhandlungen zwischen den Regierungschefs durch unnötige Kommentare von außen zu befeuern.

**WamS:** Im Schatten der Euro-Krise machen sich auch Populismus und Nationalismus in Europa breit ...

**NL:** Wir erfahren immer wieder, dass Wahlen in einzelnen Mitgliedsländern zu einer akzentuiert nationalen Ausrichtung der Politik führen. Dafür ist Ungarn nicht das erste Beispiel. Für das Bedürfnis gerade der mittel- und osteuropäischen Länder, die erst vor wenigen Jahren zurückgewonnene Souveränität auch wahrzunehmen, sollten wir Verständnis haben. Auf der anderen Seite dürfen wir auch keinen Zweifel daran lassen, dass es rote Linien gibt, die in einer Rechtsgemeinschaft nicht überschritten werden dürfen. Zur Mitgliedschaft in der Europäischen Union ist keines dieser Länder gezwungen worden. Die Vorgehensweise der Europäischen Kommission, die ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Ungarn eingeleitet hat, halte ich für folgerichtig.





**WamS:** Wie viel Wahrheit steckt in dem Satz: Große Aufgaben erfordern große Koalitionen?

**NL:** Er gehört zu den Vereinfachungen und Übertreibungen, die ich empfehle zu vermeiden. Wir stehen sicherlich vor ganz besonderen Herausforderungen. Die Gründungsphase dieser Republik hat uns allerdings vor keine geringeren Aufgaben gestellt, und sie sind mit kleinen Koalitionen großartig gemeistert worden.

**WamS:** Wir erleben den Zerfall einer Regierungspartei.

**NL:** Die schwarz-gelbe Koalition ist handlungsfähig und hat ein Mandat für diese Legislaturperiode. Wir würdigen vielleicht nicht hinreichend, dass es in Deutschland gelingt, besondere Herausforderungen mit parlamentarischen Mehrheiten zu begleiten, die über die Mehrheit der Regierungskoalition hinausgehen. Das ist Ausweis einer bemerkenswerten politischen Kultur.

**WamS:** Die Kanzlerin kann sich auf die SPD verlassen.

**NL:** Sie kann sich in solchen Fragen auch auf die SPD verlassen.

**WamS:** Was spricht dafür, dass Union und SPD einen gemeinsamen Kandidaten für das Amt des Bundespräsidenten nominieren?

**NL:** Da sich die Frage jetzt nicht stellt, muss sie auch jetzt nicht beantwortet werden.

**WamS:** Von einigen in der Unionsfraktion werden Sie als geschäftsführender Bundespräsident wahrgenommen. Der Weg vom Reichstagsgebäude zum Schloss Bellevue wäre gar nicht so weit ...

**NL:** Für Veränderungswünsche, wenn es sie denn gäbe, würden auch andere Himmelsrichtungen in Betracht kommen. Es gibt sie aber nicht. Ich registriere die Fantasie mancher Beobachter mit begrenzter Aufmerksamkeit.

**WamS:** Die Staatsanwaltschaft hat Ermittlungen im direkten Umfeld des Bundespräsidenten aufgenommen. Sein langjähriger Sprecher und engster Vertrauter Olaf Glaeseker steht unter Korruptionsverdacht. Empfiehlt sich da nicht, Vorbereitungen zu treffen für die Zeit nach Christian Wulff?

**NL:** Ich habe weder Informationen über den Anlass noch über das Ergebnis der staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen, die ich deswegen nicht kommentieren kann und will.

**WamS:** Kann Wulff sein Amt noch unbefangen ausüben?

**NL:** Das hoffe ich sehr - und erwarte es auch.

**WamS:** In Großbritannien wird immer wieder über die Abschaffung der Monarchie diskutiert. Braucht Deutschland überhaupt einen Bundespräsidenten?

**NL:** Wir sind mit unserer Verfassung glänzend gefahren. Unser Modell gilt vielen Ländern als Vorbild. Wir sollten nicht an den bewährten Strukturen unseres Grundgesetzes basteln.

**WamS:** Anfang Februar kommt der neue Film von Helmut Dietl in die Kinos. "Zettl" spielt im Berliner Regierungsviertel. Der Regisseur sagt darüber: "So viele Narren auf einem Haufen, das gibt es sonst nirgendwo in Deutschland." Hat er recht?

**NL:** Ich habe den Film noch nicht gesehen. Ein besonderes Beobachtungsvermögen des Regisseurs kann ich in dieser Bemerkung jedenfalls nicht erkennen.

**WamS:** Einerseits unglaubliche Provinzialität, andererseits großstädtische Brutalität und Gnadenlosigkeit - so schildert Dietl das politische Berlin.

**NL:** Jeder, der die Bonner Verhältnisse miterlebt hat, wird nicht übersehen können, dass sich in Berlin alles in einem größeren Maßstab abspielt. Im Vergleich zu anderen Ländern in Europa war allerdings Bonn die Ausnahme - und nicht Berlin. Was manchem in Berlin als Zumutung erscheint, ist im internationalen Vergleich nicht wirklich aufregend.

**WamS:** Ein Argument für Berlin und gegen Bonn war damals: Näher am Menschen, näher an den Problemen ...

**NL:** Ich glaube nicht, dass es in Berlin eine stärkere unmittelbare Berührung mit den Menschen und ihren Problemen gibt. Nicht der Ort prägt das Verhältnis zu Menschen und Problemen, sondern die Einstellung.

